



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Baumberger-Deimling, H.: Tschechen und Deutsche

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Tschechen und Deutsche

Von H. Baumberger-Deimling

Beim Neujahrsempfang auf dem Grabschín hielt der Präsident der tschechoslowakischen Republik eine Rede, in der er die deutsch-tschechische Frage als die für den jungen Staat wichtigste bezeichnete. Der Präsident sprach sich für freundschaftliche Beziehungen zum Deutschen Reich und für eine freundschaftliche Lösung der inneren deutsch-tschechischen Frage aus. Die Lösung dieser inneren Frage hält er nicht so sehr nach dem Schweizer Beispiel für angebracht — denn über territoriale Autonomien könne nicht verhandelt werden — als vielmehr nach dem belgischen Vorbild. Dann fuhr er fort: Unseren deutschen Landsleuten gebührt Anteil an der Verwaltung und an der Regierung; das versteht sich in einer Demokratie von selbst.“ Schärfer können die bisherigen tschechischen Regierungsmethoden wohl kaum kritisiert werden, als es in diesen Worten des tschechischen Staatshauptes geschehen ist. Für den Kenner der Denkungsart Masaryks ist dies nicht weiter verwunderlich, hat er sich doch schon öfter als Gegner mancher Tendenzen der tschechischen Regierung bekannt. Nur ein Beispiel sei angeführt: Als sich ihm Ende 1920 die drei Bürgermeister von Znaim, von denen einer ein Deutscher war, vorstellten, sprach er sein Bedauern aus, daß man in der Stadt Znaim, die er als deutsche Stadt kenne, durch Kommandierung auswärtiger tschechischer Soldaten zur Wahl künstlich eine tschechische Mehrheit konstruiert habe. „Er wolle solche Dinge nicht.“

An der Aufrichtigkeit des Präsidenten zu zweifeln und seine Neujahrsworte nur als politisches Beruhigungs- und Einschläferungsmittel zu betrachten, geht angefaßt der ganzen Persönlichkeit dieses Mannes nicht an. Zu bezweifeln ist nur, ob sich seine Ansichten tatsächlich werden durchsetzen können. Dies würde einen so radikalen Umschwung der gesamten inneren und äußeren Politik der Republik bedeuten, wie er einschneidender gar nicht gedacht werden kann, und wie er bei der Mentalität der tschechischen Regierungsparteien und der tschechischen Öffentlichkeit vorläufig nicht anzunehmen ist. Wie war die bisherige Regierungspraxis?

Die tschechoslowakische Außenpolitik ist, trotz mancher gelegentlicher Seitensprünge, von Frankreich abhängig. Der tschechoslowakische Staat ist ein Glied in der Kette, die von der Entente um das Deutsche Reich gelegt worden ist, er ist zu diesem Zwecke gegründet worden. Von welchen Gefühlen man in Prager Regierungskreisen gegen Deutschland beseelt ist, beweist unter anderem die Hilfe, die man in der oberschlesischen Frage Polen hat angeheißen lassen. Alle Ablehnungen des Herrn Benesch können hieran nichts ändern. Auch der Vertrag von Tana, der den ersten, gelungenen Schritt in der Reihe der Versuche bedeutet, Deutsch-Osterreich zur Kleinen Entente und damit zur Großen Entente hinüber- und vom deutschen Mutterland wegzuziehen, ist ein Beweis für das tschechische Bestreben, eine Konsolidierung des großen deutschen Volkes zu verhindern. Und nicht weniger deutschfeindlich ist der auch in Prag erwogene Plan, gelegentlich der Zerschlagung Deutsch-Osterreichs auch das Deutsche Reich zu zertrümmern, in dem man aus Bayern und einem Teil Deutsch-Osterreichs einen selbständigen Staat machen will. In diesem Zusammenhang sei auch an das Buch Dr. Hanusch Ruffners, der rechten Hand des Herrn Benesch erinnert, in dem sich unter anderen deutschfeindlichen Bekenntnissen auch die Versicherung findet: „Wir werden den Deutschen an der Kehle bleiben.“ Die neuesten Beweise für die antideutsche Außenpolitik der Tschechischen Regierung erbringen jetzt einige Prager Zeitungen. „Narodni Politika“ vom 9. Februar bezeichnet als den wichtigsten Zweck der Pariser und Londoner Reise Dr. Beneschs die Forderung, daß der englisch-französische Garantievertrag sich nicht nur auf Frankreich und Belgien, sondern auf alle Nachbarn Deutschlands, also auch auf die Tschechoslowakei und Polen, beziehen müsse. Aus einer Mitteilung

des „Cas“ geht hervor, daß Venesch die Reise unternommen hat, um die Fäden zwischen Frankreich und der Kleinen Entente noch fester zu knüpfen und die Front gegen Deutschland zu stärken. Dasselbe Blatt bezeichnet weiter am 18. Februar als Ziel der Aktion Venesch's die Verhinderung einer politischen Annäherung Deutschlands und Rußlands auf der Genueser Konferenz: Deutschland soll auch von Rußland hermetisch abgeschlossen werden. Und schließlich kann man in einem Aufsatz der „Tribuna“ über das russische Wiederaufbauproblem und die Konferenz von Genua deutlich zwischen den Zeilen die Angst der tschechischen Regierungskreise vor einer Teilnahme Deutschlands am Wiederaufbau Rußlands und den Wunsch, Deutschland auch von Rußland zu isolieren, lesen.

Die dreiseitige Umklammerung Böhmens und Mährens durch das Deutsche Reich und Deutsch-Osterreich und das Bestehen großer geschlossener deutscher Siedlungsgebiete an den reichsdeutsch-böhmisch-mährisch-schlesischen und österreichisch-böhmisch-mährischen Grenzen innerhalb des Staatsgebietes lassen den Tschechen die „deutsche Gefahr“ in außen- und innenpolitischer Beziehung als die dringendste erscheinen. Im alten Österreich und in den heute noch bestehenden Nationalitätenstaaten, wie vor allem in der Schweiz, war bzw. ist die Gleichberechtigung aller Nationalitäten oberster Grundsatz der gesamten inneren Politik. Dies ist in der Tschechoslowakei nicht der Fall. Hier sind die Tschechen und nur diese das herrschende und regierende Volk. Ihr oberster Regierungsgrundsatz geht dahin, aus dem Völkerstaat, in dem neben 6 Millionen Tschechen 3,8 Millionen Deutsche, 2 Millionen Slowaken, 1 Million Madjaren, 432 000 Ruthenen und 168 000 Polen wohnen, den tschechischen Nationalstaat zu machen.

Die Zerrissenheit der Bevölkerung in politische und nationale Lager kompliziert das politische Leben, aber sie bietet den Tschechen auch Vorteile, und diese wußten und wissen sie auszunützen. Der soziale Kampf des Proletariats wurde geschickt ins nationale Fahrwasser gelenkt, es ist aus ihm ein tschechischer Kampf gegen die Deutschen gemacht worden, denn diese und die deutschsprechenden Juden bildeten in der Hauptsache vor dem Umsturz die Unternehmerschaft in Handel und Industrie. Die Tendenz geht dahin, die Industrie- und Handelsunternehmungen allmählich in tschechische Hände zu bringen. Auch das Schlagwort „Sozialisierung“ der Industrie bedeutet für den tschechischen Proletarier „Nationalisierung“, das heißt Tschechisierung der Industrie. Die in deutschen Händen befindlichen Textil-, Glas- und Porzellanindustrien werden von der Regierung vernachlässigt, die tschechischen Unternehmer dieser Branchen dagegen bevorzugt, indem sie über die Absichten der Regierung vorzeitig informiert werden. Die tschechische Zuckerindustrie genießt offene staatliche Förderung. Die großen deutschen Industrieverbände sind von der Regierung nicht anerkannt; mit der Vertretung der Industrie sind ausschließlich die tschechischen Verbände betraut. In den staatlich geförderten Syndikaten herrscht die tschechische Minderheit. Auch die staatliche Bankpolitik verfolgt die Absicht, die deutschen Wirtschaftszweige unter tschechische Leitung zu bringen. Die Regierung kontrolliert die Prager Filialen der Wiener Großbanken und dadurch auch die deutschen Kunden dieser Bankfilialen. Durch die zunehmende Bankverschuldung fallen viele Unternehmungen dem von der tschechischen Regierung kontrollierten Bankkapital und damit in letzter Konsequenz den Tschechen als reife Frucht in den Schoß.

Die Tendenz der Tschechisierung findet sich auch bei der Durchführung der Bodenbesitzreform. „Nationalisierung“ der Wälder, insbesondere derjenigen an den Grenzen, heißt nichts anderes, als ihre Überführung aus deutscher Privathand in den Besitz des erstrebten tschechischen Nationalstaates und — soweit die Grenzwälder in Betracht kommen — Trennung der böhmischen und schlesischen Deutschen von den Reichsdeutschen. Die Enteignung und Kolonisierung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes soll nach dem Ausspruch führender tschechischer Politiker und Zeitungen dazu dienen, den Grund und Boden in die Hand des tschechischen Volkes zu bringen. Bis Ende 1921 waren

in Böhmen vier Großgrundbesitze parzelliert und an kleine Besitzer verteilt. Ein fünfter soll demnächst unter das Messer genommen werden. Alle fünf waren in deutscher Hand. Der Komplex der gesamten agrarischen Fragen überhaupt soll jedem deutschen Einfluß entzogen werden. Die bewährte Zweispaltung des Landeskulturrates in eine tschechische und eine deutsche Sektion, wird aufgehoben.

Auch die im Sinne der Nationalitätenveröhnung bewährte Zweispaltung des Landes Schulrates, die selbständige und unabhängige Verwaltung des Schulwesens bei jeder der beiden Nationen, wird beseitigt. In Zukunft wird die tschechische Mehrheit eines Gauschulrates auch über die deutschen Schulen entscheidenden Einfluß haben. Schon jetzt wurden in rein deutschen Gegenden Schulen gesperrt und Klassen geschlossen. Dagegen wurden in manchen Dörfern für ein halbes Duzend tschechischer Kinder besondere Schulen errichtet. Gegen das deutsche Mittelschulwesen wurde ähnlich verfahren. Die deutschen Hochschulen erhalten die staatlichen Zuschüsse nicht in der gleichen Höhe wie die tschechischen. Es wird bewußt auf die Herabdrückung des allgemeinen deutschen Bildungsniveaus hingearbeitet. Die Verringerung der Bildungsmöglichkeiten für die Deutschen und die Förderung der „vollkommenen“ Beherrschung der tschechischen Sprache als Vorbedingung für den Eintritt in die Beamtenlaufbahn zielen darauf hin, daß sich für die Zukunft nur noch tschechische Beamtenanwärter zu den Staatsstellungen melden. Man will so allmählich ein rein tschechisches Beamtentum heranziehen. Die verringerte Bildungsmöglichkeit für die Deutschen wird aber auch für die freien Berufe ein Sinken des deutschen Anteiles an ihnen bedeuten. Weitere Mittel zur Zurückdrängung des deutschen Einflusses sind die neue Gaueinteilung, die Teile deutschen Gebietes mit tschechischem vereinigt, und die Proklamierung der tschechischen Sprache zur alleinigen Amtssprache.

Es ist anzunehmen, daß Masaryks Neujahrsrede der Regierung der Republik nicht unangenehm war, liefert sie dem Inland und vor allem dem Ausland gegenüber ja doch den „Beweis“ dafür, daß von einer „Unterdrückung“ der Minoritäten nicht die Rede sein könne und daß vor allem die Klagen der tschechoslowakischen Deutschen völlig unberechtigt seien. Es ist, wie schon eingangs bemerkt, nicht anzunehmen, daß die Neujahrsworte des Präsidenten den Anfang einer neuen Ära in der inneren Politik der Tschechoslowakei bedeuten. Dies umsoweniger, als die Vorbedingung für diese konträre Einstellung die Ersetzung der bisherigen Regierungsmänner durch solche von dem Geiste Masaryks wäre. Dies ist nicht geschehen und wird auch in absehbarer Zeit voraussichtlich nicht geschehen. Zwar will Beneš als Ministerpräsident demnächst zurücktreten, aber er wird auch weiterhin Außenminister bleiben. Die tschechische Außenpolitik wird sich also im gleichen Fahrwasser wie bisher bewegen. Daß dies auch in der inneren Politik so bleiben wird, dafür werden die fünf Repräsentanten der Regierungsparteien, die in der sogenannten „Petka“ vereinigt sind, sorgen. Die „Petka“ ist der wahre Herrscher der tschechoslowakischen Republik. Die Macht der Idee vom „Staate der Tschechen“ ist noch zu mächtig, als daß eine Umkehr zu einer realeren und gerechteren Beurteilung der Verhältnisse schon jetzt für die Masse des tschechischen Volkes und insbesondere für die tschechische Intelligenz möglich wäre. Immerhin, der latente Gegensatz zwischen der Auffassung des auf Lebenszeit gewählten Präsidenten und derjenigen der heute maßgebenden tschechischen Politiker wird weiter bestehen. Aber solange Herr Beneš und seine Gefinnungsgeossen am Ruder sind, kann und wird sich weder in der Minoritätenfrage noch in der anti-deutschen Außenpolitik grundsätzlich etwas ändern. Die bisherige Praxis wird unter dem Schutze der gutgemeinten Präsidentenworte vorsichtig, still und zielbewußt weitergeführt werden. Auch für die tschechoslowakische Republik gilt das Wort: „Le roi règne, mais il ne gouverne pas.“